

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

1. März 2010
CDU 10.011
GRÜNE 10 / 2010

Ratsantrag

„Zulässigkeitsprüfung für die Erhebung einer kommunale Abgabe zur Besteuerung der Prostitution in Aachen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

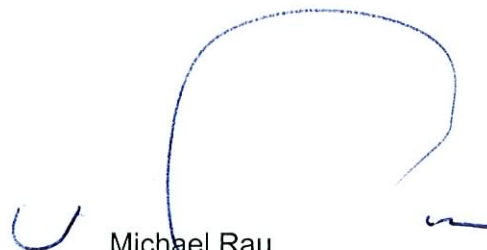
der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und inwieweit die Erhebung einer kommunalen Abgabe zur Besteuerung der Prostitution in der Stadt Aachen möglich und genehmigungsfähig ist.

Begründung:

Verschiedene Kommunen in NRW besteuern seit einiger Zeit die Prostitution. Dies dient in diesen Städten unter anderem der verbesserten Erfassung dieses Gewerbes. Durch die damit einhergehende Kontrolle können die Arbeits- und Lebensbedingungen von Prostituierten verbessert werden. Eine verbesserte Transparenz im „Milieu“ kann die Trennung von legalem und illegalem Bereich voranbringen und dazu beitragen, Zwangsprostitution zu bekämpfen bzw. vorzubeugen. Kontrollen helfen auch die Begleitkriminalität zu bekämpfen.



Harald Baal
Fraktionsvorsitzender



Michael Rau
Fraktionssprecher